

Kein Fußbreit dem Faschismus: Stoppen Sie den Parteitag der AfD!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Borris, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung Magdeburg sowie der Messe Magdeburg,

mit großem Unverständnis haben wir erfahren, dass die Alternative für Deutschland (AfD) ihren Bundesparteitag am 28.-30. Juli und 4.-6. August 2023 auf dem Messegelände in Magdeburg austragen wird.

Wir sind sprachlos und entsetzt darüber, dass eine Partei, die offen mit Faschisten wie Björn Höcke auftritt, eine Veranstaltung im eigentlich weltoffenen Magdeburg veranstalten darf. Die Jugendorganisation der AfD, die Junge Alternative, wird seit kurzem hier in Sachsen-Anhalt vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ angesehen. Hier ergibt sich großes Konfliktpotential, da der AfD-Parteinachwuchs ganz klar und ohne Zweifel rechtsextreme, diskriminierende, faschistische und menschenverachtende Inhalte teilt.

Das ist eine Schande und eine Gefahr nicht nur für das Image der Stadt Magdeburg, sondern vor allem für jene, die in Magdeburg und Umgebung wohnen. Die AfD diskriminiert bewusst und dauernd Menschen, was in keinsten Weise mit den Werten der Stadt Magdeburg und dem Land Sachsen-Anhalt in Einklang kommen kann.

Beispielsweise der CSD Magdeburg e.V. kämpft seit Jahren für mehr Gleichberechtigung und Anerkennung in und um Magdeburg, gerade auch, weil die AfD und ihr nahestehende Menschen diesem die Rechte aberkennen. Das Billigen des Parteitages ist ein direkter Schlag in das Gesicht jener, die sich seit Jahren unermüdlich für ein gleichberechtigtes, offenes und vor allem sicheres Magdeburg einsetzen.

Von dem Parteitag geht auch hinsichtlich der Gewaltbereitschaft vieler Mitglieder der AfD eine große Gefahr aus. Hier muss das Ordnungsamt zwingend Nachforschung anstellen und eingreifen, da hier ansonsten seitens der Stadt offen von grober Fahrlässigkeit gesprochen werden kann.

Die Stadt Magdeburg als anteilige Gesellschafterin an der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH und auch Sie Frau Borris als Aufsichtsratsvorsitzende dulden damit schweigend eine antidemokratische Veranstaltung in Ihren Hallen und geben damit Rechtsextremen eine Plattform, was in keiner Weise zu rechtfertigen ist.

Wir fordern Sie dazu auf, konsequent Kante gegen Rechts zu zeigen, Ihr Hausrecht geltend zu machen und der AfD den Mietvertrag zu widerrufen. Alles andere wäre ein trauriges Eingeständnis der Stadt, dass diese vor einer erwiesenen rechtsextremen und menschenverachtenden Partei einknickt.

Kein Fußbreit dem Faschismus - stoppen Sie den Parteitag der AfD!

Gezeichnet
*Piratenpartei Sachsen-Anhalt
Volt Sachsen-Anhalt*